

*Bislang haben wir erst den Anfang der politischen und sozialen Krise in Europa gesehen. Mit anderen Worten, für Gewerkschaften, traditionell ängstlich gegenüber neuen Bündnissen und damit zusammen hängendem Kontrollverlust, mehr oder weniger ‚verheiratet‘ mit sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien und gefesselt durch einen unbedingten Glauben an die Sozialpartnerschaft, ist es an der Zeit die eigene Position neu zu überdenken. Der gesellschaftliche Widerstand gegen die Austeritätspolitiken nimmt zu in Europa, aber es besteht ein Mangel an europaweiter Koordination und Anführung. Wir müssen die unterstützen, die kämpfen und ihrem Beispiel folgen. Wir müssen aus der Defensive heraus in die Offensive. Alles dreht sich um die Macht, und wir dürfen diese nicht nur thematisieren, sondern müssen sie erobern, wenn wir die gegenwärtige Entwicklung in Richtung eines zunehmenden autoritären und anti-sozialen Europas stoppen wollen.“*

Asbjörn Wahl

## **Gewerkschaften als Protagonisten einer neuen Wirtschaftsdemokratie<sup>1</sup>**

### **1. Einleitung**

Das Forum Neue Politik der Arbeit hat in den beiden letzten Jahren, ausgehend von einer Debatte über „Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft“ (FNPA 2009, Scholz/Martens 2010) und forciert durch die Impulse der neuen Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009), die Debatte über eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ ins Zentrum seiner Arbeiten gerückt. Im Ergebnis gibt es keine fertigen Antworten, aber doch den Versuch einer Vergewisserung gewerkschaftlicher Ansätze aus der Vergangenheit, verbunden mit einer vorläufigen Bestandsaufnahme der gewerkschaftlichen Praxis in den Feldern von Mitbestimmung und Beteiligung sowie eine Reihe von Ausgangsüberlegungen im Hinblick auf eine Neuaufnahme der Debatte (Martens/Scholz 2010, Martens 2010 und 2011). Zu deren Fortführung haben wir auf der Homepage des FNPA eingeladen ([www.FNPA.de](http://www.FNPA.de)).

---

<sup>1</sup> Der Text war nach den ersten Diskussionen über „Neue Wirtschaftsdemokratie“ im Rahmen des FNPA eine aus meiner Sicht überfällige Reflexion auf die Frage ob und wie die deutschen Gewerkschaften angesichts der in der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratie weit fortgeschrittenen, mittlerweile aber auch zunehmend bedrohten Institutionalisierungsprozesse heute wieder zu einem Protagonisten einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ werden können. Da der Text zugleich so etwas wie eine Bilanzierung meiner eigenen langjährigen Gewerkschaftsforschung ist, habe ich ihn in die Bilanzierung meiner langjährigen Forschungsarbeit als empirischer Arbeitsforscher aufgenommen (Martens 2013, 127-148).

Das FNPA ist ein Dialogprojekt zwischen gewerkschaftsnaher Wissenschaft und Gewerkschaften, das aber seit seiner Gründung 2001 immer auch auf die Einbeziehung von Aktiven aus den neuen sozialen Bewegungen zielt. Es geht hier also von Beginn an um ein Dialogprojekt, das auf ein breites Bündnis gegen das neoliberale Rollback gegen die wohlfahrtsstaatliche Demokratie zielt.<sup>2</sup> Beim Stichwort Wirtschaftsdemokratie liegt es freilich aufgrund der von der Geschichte der Gewerkschaften nicht zu trennenden Geschichte des Konzepts und der praktischen Ansätze zu einer Demokratisierung der Wirtschaft nahe, dass wir vor allem die Gewerkschaften als einen potentiellen Protagonisten einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“ ins Auge gefasst haben. Wir haben aber in unserer bisherigen Debatte die Frage, ob und inwiefern die Gewerkschaften in ihrer heutigen Verfasstheit entsprechenden Erwartungen Rechnung tragen können, nicht vertiefend behandelt, und wir haben uns auch nicht auf entsprechende Debatten Anderer um einen neuen „Strategic Unionism“ (Brinkmann u.a. 2008) systematisch bezogen. Entsprechende Debatten werden inzwischen ja von den Gewerkschaften selbst geführt, bzw. angestoßen, etwa in dem gewerkschaftlichen Debattenmagazin Gegenblende. Dem Dort veröffentlichten Artikel von Asbjörn Wahl „zur Bildung progressiver Bündnisse“ ist so auch das diesem Aufsatz vorangestellte Zitat entnommen. Es geht im Folgenden darum, an dessen normativ-politische Forderungen eine Analyse anzuschließen, die aus gewerkschaftssoziologischer Perspektive erhellen soll, wie realistisch entsprechende Erwartungen in Richtung auf die Gewerkschaften in den hoch industrialisierten Ländern des Westens sind.

## **2. Im Zeichen der Krise: Gewerkschaften als erneuerte unabhängige politische Akteure?**

Die Entfaltung wirtschaftsdemokratischer Ansätze erfordert - bei aller sicherlich noch gegebenen Notwendigkeit, ein genaueres und allgemein geteiltes Verständnis der Sache, um die es hierbei gehen soll, erst einmal herzustellen - zunächst einmal ein Bewusstsein und Wissen um das Wirken demokratisch unkontrollierter und zunehmend unregulierter ökonomischer Macht und dessen Destruktivität. Die tatsächlich prägende Arbeitspolitik seitens der Gewerkschaften lässt sich demgegenüber derzeit allerdings eher kennzeichnen als pragmatische Interessenvertretung, verbunden mit dem Bemühen um den Turnaround in der Mitgliederentwicklung, und – seit der neuen Weltwirtschaftskrise – als eine deutlichen Tendenz der Reorientierung an sozialdemokratischem Krisenmanagement, aber zugleich wohl auch der Verdrängung des eigenen Erschreckens über den Einbruch der großen Krise 2008/9. Es wirkt da auch bei ausdrücklich gesellschaftskritischen Gewerkschaftern so etwas, wie der heimliche Wunsch einer Rückkehr zur Normalität. Und es gibt neben ihnen eine unverändert einflussreiche Strömung, die – trotz mancher Risse die sozialpartnerschaftliche Orientierungen im Zyklus 2002 bis 2008 infolge vermehrter Standortkonflikte erfahren hat (Martens/Dechmann 2010,115-122) - immer noch „gefesselt ist durch einen un-

---

<sup>2</sup> Der Dialog zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft war allerdings von Beginn an prägend.

bedingten Glauben an die Sozialpartnerschaft“ (Wahl 2011, 3) Doch erst ein nüchterner Blick auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände ermöglicht die Entwicklung einer immer nur konkret herzustellenden Vorstellung der einzelnen Vielen davon, welche spezifischen Verbesserungen durch jeweils erweiterte, direkte oder repräsentative Kontroll- und Gestaltungsrechte erreicht werden können und sollen. Oder in den Worten Oskar Negts: Krisenzeiten sind Erkenntniszeiten nur unter der Bedingung, dass sich am Horizont Alternativen abzeichnen“ (Negt, 2011, 152).<sup>3</sup> Die Verdichtung unterschiedlicher entsprechender Ansätze auf der Folie neuer übergreifender Orientierungen im Sinne der Herstellung ihres inneren Zusammenhangs bei der Verwirklichung und Sicherung der „sozialen Bürgerschaft“ aller (Balibar 2008) wäre in diesem Sinne, auf der handlungspraktischen Ebene, der notwendige nächste Schritt. Am konkreten Beispiel:

- Die Erleichterung der Gewerkschaften, nach den massiven Kriseneinbrüchen 2008/9 erfolgreich an „Beschäftigungsbrücken“ mit gebaut zu haben, ist unübersehbar. Die Hoffnung auf Rückkehr zur Normalität heißt dann zwar auch: Rückkehr zur nächsten Etappe permanenter Restrukturierung der Wirtschaft im globalisierten Standortwettbewerb, also neuerlich fortgesetzter Flexibilisierung und Prekarisierung, aber erste Überlegungen zu einer notwendigen Umsteuerung der Wirtschaft insgesamt (Huber 2009) traten angesichts des aktuellen Aufschwungs jedenfalls der deutschen Wirtschaft und des ihn tragenden alten Exportmodells doch eher wieder in den Hintergrund.<sup>4</sup> Dennoch gilt:
- Der Umstand, dass inzwischen in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik nahezu  $\frac{1}{4}$  der Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich arbeiten müssen - unter Bedingungen der systematischen Reduktion von Lohnkosten und einer autoritären Anordnungskultur, weithin ohne gewerkschaftlichen Schutz und eine gesetzliche repräsentative Interessenvertretung durch Betriebsräte (Artus 2010) – macht Forderungen nach Mindestlöhnen und zwingend einzuhaltenen demokratischen Mitbestimmungsrechten, entsprechend den kulturellen Standards unserer demokratischen Gesellschaft eingängig.

---

<sup>3</sup> Der OGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis hat in seinem Beitrag zu der Debatte über „Wachstum und Wohlstand“ (Gegenblende, Ausgabe Juli/August 2011) in bemerkenswert widersprüchlicher Weise einerseits gefordert, „ungeschminkt, ungeschönt und rücksichtslos die Lage so (zu beschreiben), wie sie wirklich ist“, dazu dann aber nichts weiter gesagt und auf der anderen Seite mit beredten Worten für einen „Fortschritt durch sozialen Dialog“ geworben, eine in Deutschland verloren gegangene „echte Kultur des Fortschritts“ und die Vorstellung, neu beschworen, dass „nur mit uns (also den Gewerkschaften) Deutschland“ „mit seiner Hochtechnologie und seinen sozialen Standards wieder zu einem Paradebeispiel für nachhaltigen Fortschritt werden könne.“ Die vermeintliche Alternative zum Neoliberalen Rollback ist hier der offen erklärte, und erklärliche Wunsch zur Rückkehr zum alten Normalität des „Modells Deutschland“ der 1970er und 1980er Jahre. Ob diese Perspektive vor einer „rücksichtslosen“ Bestandsaufnahme der Lage tragfähig sein kann, bleibt allerdings gänzlich ungeklärt.

<sup>4</sup> Andererseits hat das Buch von Berthold Huber Räume für eine neue Debatte über einen „Kurswechsel“ in Richtung auf einen „grünen New Deal“ und eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft geöffnet.

- Aus der Kritik an der gesetzlichen Neuordnung des Renteneintrittsalters (Rente mit 67) angesichts von Arbeitsbedingungen, die in vielen Branchen eine entsprechende Verlängerung der Lebensarbeitszeit zum Rentenkürzungsprogramm machen (Georg u.a. 2011) und der absehbar zunehmend drohenden Altersarmut für Viele und aus dem Argument, nicht nur der Generationenvertrag trage infolge des demographischen Wandels nicht mehr, sondern der Sozialstaat sei überhaupt – trotz stetig weiter gesteigerter Reichtumsproduktion – nicht mehr in den gewohnten Formen zu bezahlen, folgt zwingend die Kritik an den ungebrochen wirksamen Prämissen neoliberaler Wirtschaftspolitik.
- Es lässt sich dabei inzwischen relativ leicht zeigen, dass die „Privatisierungswut“ der jüngeren Vergangenheit einer Verschleuderung von öffentlichem Reichtum gleichkommt, die zugleich mit eher wachsender Versorgungsunsicherheit einhergeht. Aus der Kritik der Entwicklung der letzten Dekaden lässt sich deshalb durchaus überzeugend ableiten, dass eine Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben angezeigt wäre und Konzepte einer gemischten Wirtschaft, wie sie für den keynesianischen Wohlfahrtsstaat prägend gewesen sind, im Blick auf die Gesellschaft als ganze erhebliche Vorteile mit sich bringen.
- Die jüngste Etappe der Entwicklung der ökonomischen Krise zu einer Währungskrise im Rahmen der EU ist aber zugleich damit verbunden, dass in den sogenannten PIGS-Staaten das Aufspannen der „Schutzschirme“ – für die Währung und die Interessen von Banken und Versicherungen – im öffentlichen Diskurs mit populistischen Parolen und in den harten ökonomisch-politischen Aushandlungsprozessen mit der Forderung nach einer neuen Welle der Privatisierung (aktuell am Beispiel Griechenlands) verknüpft wird. Ich sehe im Augenblick nicht, dass die deutschen Gewerkschaften öffentlich wahrnehmbar hiergegen Position beziehen.
- Auch hoch qualifizierte Beschäftigte machen inzwischen häufiger praktische, positive Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Interessenvertretung, oder sie erfinden Gewerkschaft für sich in herausgehobenen Konflikten geradezu neu (Martens/Dechmann 2010, 56ff u.128-156). Dabei könnte es für sie aus den praktisch erfahrenen Widersprüchen zwischen „technischer Arbeitslogik“ und „betriebswirtschaftlicher Organisationslogik“ (Vester/Teiwes-Kügler 2007) durchaus auch Impulse dafür geben, die „eigene Rolle in gegebenen Herrschaftsstrukturen“ (Krysmanski 2010) und vorgegebenen Entwicklungslogiken neu kritisch zu durchdenken.
- Das in allen Fällen alternativer Vorschläge – von einem allgemeinen Mindestlohn über eine solide Alterssicherung bis hin zum Ausbau öffentlicher Dienste und schließlich zur Herstellung eines europäischen Sozialraums – zu gewärtigende Argument untragbar hoher Kosten, legt es dann nahe, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die neoliberalen Prämissen staatlicher,

wie europäischer Wirtschaftspolitik offensiv zum Thema zu machen. Und das Austeritätsargument, der Staat müsse angesichts immenser Schulden sparen, muss endlich zu der dann ebenfalls zwingenden Gegenfrage führen, weshalb andere Staaten, etwa die skandinavischen Länder, zu solidarischeren Lösungen in der Lage sind und wo denn eigentlich hier die vollen Kassen derjenigen sind, bei denen die europäischen Staaten so immens viele Schulden angehäuft haben - trotz stetig gestiegener Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit.

- Der unübersehbare Umstand, dass die zivilisatorische Leitbranche der jüngeren industriellen Entwicklung, die Automobilindustrie in einer tiefen Krise ist – einerseits aufgrund von enormen Überkapazitäten, andererseits deshalb, weil die miteinander konkurrierenden Unternehmen zwar, zögerlich genug, nachhaltigere Automobile produzieren, sich aber als unfähig dazu erweisen, in ihrer wechselseitigen Konkurrenz ein alternatives nachhaltiges Mobilitätskonzept zu entwickeln (Angerick 2010) – erfordert darüber hinaus im Hinblick auf nicht nur soziale und ökonomische sondern auch ökologische Nachhaltigkeit noch viel grundsätzlicher ein neues Denken angesichts des absehbaren „Endes der Welt wie wir sie kannten“ (Leggewie/Welzer 2009), in der „der Begriff ‚Wachstum‘ (...) magische und parareligiöse Qualitäten“ hat, „die Zerstörung (...) mit illusionären Korrekturvorstellungen bemäntelt“ wird und Politik von Politikern und Politikerinnen gemacht wird, „während Bürgerinnen und Bürger mit der Stimmabgabe ihre Teilhabe schon geleistet haben“ (Leggewie/Welzer 2011,157ff).
- Ähnlich führte die an den Interessen der Großindustrie (Energiewirtschaft, Mineralölindustrie) festgemachte staatliche Energiepolitik zu wachsenden Risiken und zu Verzögerungen dringlicher Umsteuerungen. Fukushima hat hier schockartige Veränderungsimpulse ausgelöst. Was daraus im Rahmen herrschender Politik folgt, ist offen. Die machtpolitisch erzwungenen Reorientierungsdebatten zeigen aber, dass auch in kapitalistischen Gesellschaften gesellschaftliche Rahmenplanungen erforderlich und möglich sind. Das kann zu der Frage weitergeführt werden, welche Ansätze einer unternehmensübergreifenden, demokratisch legitimierten Steuerung von Entwicklungs- und Innovationsprozessen hier den herrschenden Trends gegenüber wirkliche Fortschritte ermöglichen könnten.<sup>5</sup>
- Wie radikal in diesem Zusammenhang Konzepte ökologischer Nachhaltigkeit angesichts einer drohenden Klimakatastrophe gedacht werden müssen, ob Vorstellungen eines „New Green Deals“, die gewerkschaftlicherseits wohl am

---

<sup>5</sup> Das Kernproblem liegt unter gegebenen Verhältnissen ja darin, dass Handeln – hier im Bereich von Forschung und Entwicklung - im Rahmen einzelwirtschaftlicher Logik (also immer aus einer „Froschperspektive“ (Zinn) im Verhältnis zu gesamtwirtschaftlichen Prozessen und kurzatmig „im Hier und Jetzt“ (für die Automobilindustrie Angerick 2010) systematisch auf Grenzen stößt und stetig neue Probleme produziert.“

ehesten als Impuls für eine neue „lange Welle“ kapitalistischen Wachstums bei dann von neuem sozial und ökologisch einzuhegendem Kapitalismus gedacht werden, soll dabei an dieser Stelle offenbleiben.<sup>6</sup> Zitiert seien aber noch einmal Claus Leggewie und Harald Welzer, die konstatieren: „an wirtschaftspolitischen Stellschrauben zu drehen, wie 2008/09 in Form von Konjunkturprogrammen und umweltpolitischen Reparaturmaßnahmen gleicht dem Austausch eines defekten Wasserhahns in der Erste-Klasse-Kabine der Titanic, nachdem sie den Eisberg gerammt hat. Ungerührt lautet die Devise an Deck: Wir sind unsinkbar“ (Leggewie/Welzer 2011, 158).<sup>7</sup> Hier ginge es – ein denkbarer Anschlusspunkt wäre die Analyse der heutigen Massenkultur in den „fortgeschrittenen“ westlichen Ländern aus der Perspektive kritischer Theorie<sup>8</sup> – allerdings um eine sehr grundsätzliche kritische Infragestellung des durch den fortgeschrittenen Kapitalismus hervorgebrachten Zivilisationsmodells, also um Fragen, die Gewerkschaften allein bei weitem überfordern.

Es wäre eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften als der Organisationen der lebendigen Arbeit, über die gegenwärtigen Abwehrkämpfe, in die sie gezwungen werden, hinaus - und gegen die Verlockungen einer neuerlichen Stärkung ihrer alten institutionellen Strategien im Wege erneuerter korporatistischer Einbindungen angesichts eines überraschend starken, aber unsicheren Aufschwungs in Deutschland – keineswegs aber in Europa oder den USA -, hier ein neues Zusammenhangsdenken zu befördern.<sup>9</sup> Ein praktischer Aufbruch - der neues konzeptionelles Denken, das alte

---

<sup>6</sup> Als Beispiel einer radikalen ökologischen Kritik siehe etwa die „12 Mainzer Thesen wider den globalen Kollaps“ (Baudisch u.a. 2009) das im Ergebnis des ATTAC-Kapitalismuskongresses im März 2009 in Berlin entstanden ist.

<sup>7</sup> Im Rahmen der in der Gegenblende geführten Debatte um „Wachstum und Wohlstand“ hat Birgit Mahnkopf (2011), ausgehend von einer ähnlichen Einschätzung der Herausforderungen der Umweltkrise Überlegungen entwickelt, die dem von M. Vassiliadis geforderten Dreiklang von „Industriepolitik-Wachstum-Innovation“ schroff gegenüberstehen – v. a. dem Ausschluss der Möglichkeit einer „Versöhnung von Kapitalismus, sozialem Fortschritt und Demokratie“ (a.a.O., 4) angesichts eines aus ökologischen Gründen erforderlichen geringeren Wachstums/Ressourcenverbrauchs, der nicht allein über Energieeffizienz herbeizuführen sei. Mit ihren Thesen zu „widerstreitenden Prinzipien von Demokratie und Ökologie“ – auf die Feststellung eine „ökologische Politik (...) kann an falschen Mehrheitsentscheidungen scheitern“ (a.a.O. 3) folgt später kaum vermittelt die Forderung nach „Selbstermächtigung der Individuen“ durch partizipative Demokratie - verweist sie dabei auf offene demokratietheoretische Fragen, auf die ich im Folgenden im Hinblick auf die Gewerkschaften noch näher eingehen werde.

<sup>8</sup> Bei Max Horkheimer heißt es etwa in den Notizen mit einem gewissen Fragezeichen gegenüber den hedonistischen Komponenten des traditionellen philosophischen Materialismus und gegenüber einer Gesellschaft, die „überall neben der Macht nur an den Lebensstandard denkt...Wahr ist, dass ein Satter den Hungrigen, dem es schlecht geht und der leben will, nicht einen Materialisten schelten darf. Die Frage ist, ob dort, wo schon genug zu einem passablen Leben vorhanden ist, das Prinzip, es müsse immer besser und besser werden, nicht gefährliche Torheit ist.“ (Zitiert nach Schmidt, 1977, 133).

<sup>9</sup> Die Reorientierung der Gewerkschaften auf „business as usual“ im Zeichen des noch kurzen und unsicheren Aufschwungs im Sinne der Entfaltung eines „Krisenkorporatismus“ ist real – und bedroht noch einmal in neuer Weise die Handlungsfähigkeit des DGB. Klaus Dör-

Traditionslinien neu aufgreift, prüft und weiterentwickelt, mit neuen Handlungsmöglichkeiten und -ansätzen verknüpft und so Zusammenhänge herstellt, die neue Orientierung ermöglichen, ist seit dem Ausbruch der neuen Weltwirtschaftskrise wieder denkbar geworden. Herstellbar wird er möglicherweise noch nicht, wenn „die Bruchstellen des aktuellen Krisenkorporatismus (...) mit der anstehenden Auseinandersetzung um die anvisierten Haushaltskürzungen, die nun auf Sanierung des maroden Finanzsystems folgen, offensichtlich werden“ (Dörre 2010, 12), sondern erst, wenn sich die Fragilität dieses Aufschwungs erweist und bestätigt, dass wir in Europa erst am Anfang der Krise stehen (Balibar 2010),<sup>10</sup> propagiert werden muss die Forderung nach seiner Herstellung aber schon heute.

In aktuellen Debatten, auch auf der Jahrestagung 2010 des FNPA, taucht im Zusammenhang mit der Frage danach, wer denn die geforderten tiefgreifenden Veränderungsprozesse bewerkstelligen sollte, auch die Klassenfrage in der Tradition marxistischen Denkens wieder auf (Thien 2010, Wolf 2010).<sup>11</sup> Festzuhalten ist dazu an dieser Stelle zunächst, dass man (1) den kapitalistischen Klassenantagonismus nur noch als Movers eines Transformationsprozesses ohne vorgegebenes Ziel begreifen kann, (2) verstehen muss, dass auch die alte, vergangene Arbeiterbewegung nie und nirgends direktes Resultat der Lage der arbeitenden Klassen gewesen ist und dass man (3) die Konstituierung einer emanzipatorischen und transformatorischen sozialen Bewegung nur denken kann als eine Bewegung, die durch die Klassen, so wie

---

re schreibt zu Recht in einem Beitrag, den er zu der FNPA-Jahrestagung im Oktober 2010 vorgelegt hat: „Was für die IG BCE eine allenfalls modifizierte Fortführung ihrer sozialpartnerschaftlichen Orientierung wäre, würde für die IG Metall indessen eine gravierende Verschiebung ihres politischen Koordinatensystems bedeuten. Einst vor allem in ihrem Funktionärskörper zentrale Kraft einer pluralen politischen Linken, nähert sich die Organisation inzwischen in ihrer Mehrheitsströmung dem selektiven Korporatismus der anderen großen Industriegewerkschaft an. Demgegenüber scheint die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di mit ihrem eher regierungskritischen Kurs innerhalb des DGB relativ isoliert. In wichtigen Organisationsbereichen wie dem öffentlichen Dienst nur begrenzt konfliktfähig, wird die Organisation aber zunehmend zum Katalysator für unkonventionelle Aktionen und Streiks in Bereichen (Erzieherinnen), die für eine Aktivierung gewerkschaftlicher Organisationsmacht lange Zeit eher als randständig galten“ (Dörre 2010, 12).

<sup>10</sup> Dass solche Einschätzungen nicht nur von Beobachtern auf Seiten der Linken formuliert werden, soll hier in Erinnerung gerufen werden. Der erfolgreiche Investor George Soros hat z. B. am 21.10. 2010 auf einer Konferenz der BMW Stiftung konstatiert, Europa mache alles falsch und steuere mit seinem „sturen, ja doktrinen Beharren auf den Maastrichter Stabilitätskriterien (...) sehenden Auges auf die Katastrophe zu: eine lange Phase der Stagnation oder, schlimmer noch, einer deflationären Spirale, einer Rezession mit fallenden Preisen also wie in den neunziger Jahren in Japan oder der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre“ (SZ 22./23. 10. 2010). Mit den von ihm vorgeschlagenen europäischen Energie- und Infrastrukturprojekten, orientiert am Beispiel des New Deal, setzt er dann aber wohl nur auf die bessere Einsicht der herrschenden Eliten und blendet so die vielfältigen einander überlagernden weiteren Krisen in Ökologie und Politik eher aus.

<sup>11</sup> Auch in dem schon erwähnten Beitrag von B. Wahl heißt es im Blick auf die Gewerkschaften: „Unsere Bündnispolitik muss entsprechend auf der Analyse und Praxis von Klassen aufbauen und darf sich nicht in leerer Rhetorik und Lippenbekenntnissen erschöpfen“ (Wahl 2011, 2).

sie in einer gegebenen sozialen Ordnung konstituiert worden sind, hindurchgehen muss.<sup>12</sup> Damit stellt sich die Frage nach zukunftsfähigen Perspektiven und Forderungen, die über Gruppen abhängig Beschäftigter, sozialer Milieus oder Klassen und Klassenfraktionen innerhalb einer gegebenen sozialen Ordnung hinweg integrierend und mobilisierend wirken können. Es geht hier schon deshalb - aber dann auch vor dem Hintergrund des Umstands, dass soziale Konflikte in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten im Rahmen demokratisch verfasster Gesellschaften ausgetragen werden – nicht darum, dass im Rahmen eines in die Irre führenden Konzepts von Klassenkampf die eine herrschende Klasse durch ein andere zu ersetzen wäre, die dazu notfalls auch auf Zwangsmittel zurückgreift. Es geht vielmehr um Fragen politischer Hegemonie in einer demokratisch verfassten Gesellschaft, wobei die Kritik der herrschenden neoliberalen Hegemonie, welche bestehende demokratische Strukturen schwächt und tendenziell sogar gefährdet, systematisch mit einer Stärkung demokratischer Beteiligungsrechte Aller und dem Ausbau repräsentativer Vertretungsstrukturen für Alle verknüpft sein muss. Die dazu in den Debatten des FNPA vertretene These lautet, dass „Neue Wirtschaftsdemokratie“ (Martens/Scholz 2010, Martens 2011) hier einen bedeutsamen Stellenwert gewinnen könnte. Und es sind gerade die demokratiethoretischen Wurzeln eines solchen Projekts, die in die Anfänge der großen bürgerlichen Revolutionen zurückreichen, deren Verfassungen ja noch für agrarisch geprägte Gesellschaften geschrieben wurden, die erwarten lassen, dass es hier um ein Projekt zur Überwindung einer krisenhaften Lage gehen könnte, das bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein – also noch über den für eine neue „Mosaiklinke“ (Urban 2009) ins Auge gefassten Bereich hinaus – integrierend und mobilisierend wirken könnte.

### **3. Die Gewerkschaften zwischen Institution und sozialer Bewegung**

Aber Bezugspunkt der arbeitspolitischen Debatten, an denen ich mich in diesem Zusammenhang vornehmlich beteilige (vgl. [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de)), sind in diesem Kontext ja zunächst einmal die Gewerkschaften. Politische Subjektivierung in Gestalt einer klassenübergreifenden Bewegung, oder in der Formulierung Jacques Rancières als Konstituierung einer Klasse, die keine ist, könnte heute, bei der Entfaltung neuer wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen und Ansätze, zweifellos nur von vielen Organisationen oder Akteuren her zu einem tagespolitisch bedeutsamen Thema gemacht werden. Die Gewerkschaften sind darunter – ganz im Sinne der Einleitung zu dem FNPA-Arbeitspapier „Wirtschaftsdemokratie neu Denken“ (Martens/Scholz

---

<sup>12</sup> Jacques Rancière (2002, 100f) formuliert hierzu sehr pointiert, dass Proletariat bei Marx für etwas stehe, was man „ein drittes Volk“ nennen könnte, „nicht ‚Souveränitätsvolk‘ oder dessen Repräsentanten, nicht Arbeitervolk/Arbeiter-Nicht-Volk und dessen Bewusstseinsbildung.(...) Proletarier war der bevorzugte Name(...) der Klasse, die keine ist.(...) Er galt als Name einer politischen Subjektivierung des Unrechts. (... und ist im Sinne der Argumentation Rancières in seiner Auseinandersetzung mit der politischen Philosophie d. V.) ein vorübergehender Akteur, der Augenblicke, Orte und Gelegenheiten hat. (...) Vom politischen Standpunkt aus handelt es sich (beim Proletariat d. V.) um einen spezifischen Fall des Demos, ein demokratisches Subjekt, das eine Demonstrierung seiner Macht bewerkstelligt.“



2010) - nur einer unter vielen Akteuren, allerdings einer, der für die gesellschaftspolitische Durchschlagskraft entsprechender konkreter Forderungen unverzichtbar geblieben ist. Stuttgart 21 ist andererseits aktuell ein eminent wirtschaftsdemokratisches Thema, das bemerkenswerte Politisierungsprozesse in Gang setzt, in denen Gewerkschaften bislang aber keine Rolle spielen.

Aber ich komme hier an einen Punkt der Argumentation, an dem ich einige bislang nur angerissene Probleme noch einmal systematischer aufgreifen muss. Die in Deutschland nach 1945 bemerkenswert erfolgreichen Institutionalisierungsprozesse im Bereich der ‚industriellen Beziehungen‘ haben bewirkt, dass die gewerkschaftlichen Organisationen/Institutionen ihre Politik heute immer noch wie selbstverständlich an die aus der Vergangenheit herrührenden institutionell befestigten Handlungsuster „sekundärer Arbeitspolitik“ (Wolf 2001) anbinden. Im täglich erfahrbaren internationalen Vergleich scheinen sie immer noch Vorteile zu bieten. Für die neuen Herausforderungen im Zeichen vielfältiger einander überlagernder Krisenentwicklungen bieten sie aber überhaupt keine überzeugenden, weil Nachhaltigkeit versprechenden, Lösungen mehr an. Dies ist am Beispiel der institutionalisierten Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb leicht ersichtlich, weil diese Mitbestimmung – aus den ursprünglich intendierten wirtschaftsdemokratischen Zusammenhängen herausgelöst – immer systematisch mit der Rationalität einzelwirtschaftlichen Handelns auf zunehmend deregulierten Märkten verknüpft bleiben muss (Hensche 2011), auch da, wo sie im günstigen Fall schlimmste Auswüchse des Shareholder-Kapitalismus mildern mag. Dort, wo diese Logik einer „Froschperspektive“ gegenüber gesamtwirtschaftlichen Prozessen und Strukturen keine Problemlösungen erlaubt, enden folglich die Möglichkeiten der Mitbestimmung, wenn der Markt als Steuerungsinstrument nicht hinreicht und staatliche Wirtschaftspolitik versagt. Dies gilt aber auch für die institutionell befestigten Kernbereiche der gewerkschaftlichen Arbeitspolitik, etwa die Tarifpolitik. Trotz einer fortschreitenden Schwächung ihrer tarifpolitischen Durchsetzungsmacht hat es z. B. lange gedauert, bis alle Mitgliedsgewerkschaften im DGB die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn unterstützt haben. Und dabei ging es den Gewerkschaften v. a. um die Sicherung ihrer institutionell befestigten Aufgabenbereiche - auch noch in dem Moment, in dem ihre Kraft kaum mehr ausreichte, entsprechende Aufgaben wirklich wahrzunehmen.

Die vorherrschende industrie- und gewerkschaftssoziologischen Forschung hat aus einer entsprechenden neoinstitutionalistischen Perspektive heraus spätestens seit Mitte der 1980er Jahre, auch in Gestalt ihrer damaligen, vermeintlich linken Protagonisten, die vollständige, und unumkehrbare, Integration der Gewerkschaften in den Prozess der weiteren Entfaltung der durch Formen der sozialen Demokratie gezähmten kapitalistischer Gesellschaften behauptet (Müller-Jentsch 1984). Gegen 1983 noch von Peter von Oertzen formulierte Hoffnungen auf „die Stärkung der Selbsttätigkeit der einzelnen Arbeitnehmer, die Demokratisierung des Betriebs, mehr Gewerkschaftsdemokratie und – last but not least – die Entbürokratisierung des Tarifwesens“ hat Walther Müller-Jentsch seinerzeit in einem Beitrag für ein Schwerpunktheft der PROKLA zum Thema „Gewerkschaftsbewegung am Ende? Eine internatio-

nale Bilanz“ formuliert: „So sympathisch mir diese Erwartungen und Hoffnungen auch sind – ich kann sie nicht (mehr) teilen. Die Gewerkschaften sind zum integralen Bestandteil des mit dem Industrialismus symbiotisch verbundenen bürokratischen Gehäuses geworden. Bei realistischer Abwägung der sozialen und politischen Risiken, die sie zu tragen hätten, wenn sie den Pakt der klassenübergreifenden Wachstumsallianz aufkündigten, kann nicht erwartet werden, dass sie es tun. Als symptomatisch für ihre Unfähigkeit, innovative demokratische Potentiale aufzunehmen und zur Revitalisierung ihrer versteinerten Organisationspraxis zu nutzen, erscheint mir ihr Umgang mit gewerkschaftsnahen Gruppen der Grünen und mit der Friedensbewegung“ (Müller-Jentsch 1984, 27). Positionen, die dieser politisch resignierten Einschätzung widersprachen (Martens/Peter/Wolf 1984)<sup>13</sup>, fanden sich danach allenfalls noch am Rande des industriesoziologischen Mainstreams.<sup>14</sup> Die dort in der wissenschaftlichen Debatte unterstellte Pfadabhängigkeit aller zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten infrage zu stellen, erscheint selbst heute noch – trotz der deutlichen Verunsicherung mancher anerkannter Beobachter der seitherigen Entwicklung (vgl. z.B. Dahrendorf 2009, Streeck 2009) – vom vorherrschenden Mainstream aus betrachtet eher als zweifelhaft.<sup>15</sup>

Aus der Perspektive eines (fiktiven) resigniert-zynisch gewordenen Beobachters könnte man heute an solche im soziologischen Mainstream vertretenen Positionen anschließend vielleicht sagen: Schon Theo Pirker (1960) hat nach der gescheiterten Neuordnung und angesichts des Angekommen Seins der deutschen Gewerkschaften in der sozialen Demokratie der 1960er Jahre von den Gewerkschaften als von der „blinden Macht“ gesprochen, und eine sich kritisch verstehende Gewerkschaftsforschung der 1970er Jahre, die in der Bundesrepublik zunächst auf weitertreibende gesellschaftliche Veränderungen durch gewerkschaftliche Gegenmacht setzte, hat schließlich anerkannt, dass andere Wissenschaftler ihr gezeigt haben, dass und wie

---

<sup>13</sup> Einerseits aufgrund begründeter Zweifel an dem unterstellten Modell stetigen weiteren Wachstums, andererseits aber auch deshalb, weil hinter der Organisation und Institution Gewerkschaft eben auch der Arbeits- und Lebensalltag der sie tragenden Menschen mitgedacht wurde – vielleicht aber auch verbunden mit einem Grundvertrauen in die Potentialitäten dieser einzelnen Vielen, das weiterer kritischer Reflexion bedürftig blieb, an der wir damals noch nicht gearbeitet haben.

<sup>14</sup> Im Editorial des ARGUMENT-Schwerpunktheftes „Gewerkschaftsmacht in der Krise“ wird zu Recht konstatiert: „In den letzten 50 Jahren arbeiteten empirische Gewerkschaftsforschung und kritische Gesellschaftstheorie nur dann Hand in Hand, wenn eingeschliffene Praxen der institutionellen Arbeiterbewegung erodierten und ‚autonome Arbeiterpolitik‘ in Konturen sichtbar wurde“ (Argument 284, 866), und die Bilanzierung des Standes der Forschung durch die einschlägigen Gewerkschaftsforscher in einem von Wolfgang Schroeder und Bernhard Weißels im Jahre 2003 herausgegebenen Sammelband bestätigt diese Einschätzung in vollem Umfang.

<sup>15</sup> Und natürlich können diejenigen, die heute wieder in analytischer Distanz zu neu aufbrechenden sozialen Konflikten verharren auf empirische Belege verweisen: die offensiv vertretene Sozialpartnerschaft der IG BCE könnte man da ja durchaus ins Feld führen, und Ansätze zu einem „neuen Korporatismus“ gibt es nach der neuen Weltwirtschaftskrise aus tief erschrockener Verunsicherung heraus ja auf breiter Front: in den Gewerkschaften, bei Arbeitgeberverbänden und in der Politik. Aber dies ist ein neuer Korporatismus aus Schwäche. Denkbar weit von jedem auch nur in Ansätzen überzeugenden Zukunftsentwurf entfernt.

„die Gewerkschaften in der sozialen Demokratie“ (Streeck 1981) angekommen waren (korrespondierend zu Müller-Jentsch 1984 etwa Gerhard Brandt 1984). Wie also kann man heute, angesichts eines mit der Erosion der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft und auch der Gewerkschaften selbst inzwischen doch offenkundig eingetretenen Machtverfalls ausgerechnet bei ihnen als einem wichtigen – und aus unserer Sicht immer noch unverzichtbaren – Akteur zukünftiger gesellschaftlicher Veränderung ansetzen?

Die im Dialogprojekt FNPA dagegen gesetzte Behauptung ist, dass man dies tun kann und muss. Und wir behaupten, dass dies nicht einfach eine voluntaristische Forderung ist, die sich zu den Handlungszwängen der aus einer erfolgreichen sozialen Bewegung heraus Institution gewordenen Gewerkschaften gegenüber ignorant verhält. Ich möchte dazu vor dem Hintergrund des oben knapp umrissenen Verständnisses des Zusammenhangs von Organisation und Klasse zunächst einmal ein paar verallgemeinernde Thesen formulieren:

- (1) Die Gewerkschaften als Klassenorganisationen und Organisationen der lebendigen Arbeit haben im „Fordismus“ einen relativ stabilen Klassenkompromiss - im Verhältnis von lohnabhängig Beschäftigten und Kapital – durchgesetzt (also nicht bezogen auf „das Ganze der Arbeit“<sup>16</sup> sondern bezogen auf eine Klasse abhängig Beschäftigter, wie sie durch das prozessierende Kapitalverhältnis innerhalb der so weiter entfalteten kapitalistischen Ordnung konstituiert worden ist).
- (2) Sie sind dabei Organisationen geworden, die die demokratische Entwicklung der westlichen Gesellschaften ganz entscheidend mit vorangetrieben haben, und als selbst demokratische Massenorganisationen – unbeschadet aller institutioneller Verfestigung und vermeintlicher oder tatsächlicher Bürokratisierungstendenzen - sind die Gewerkschaften zugleich immer stark an die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder rückgebunden.
- (3) Dies schützt sie davor, mit ideologisch werdenden Weltverbesserungsideen „abzuheben“, aber dies nötigt zugleich auch dazu - insbesondere im Ergebnis relativer Erfolge, mit der darüber befestigten „Bodenhaftung“ - zugleich den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Strukturen (im durch gewerkschaftliches Handeln gezähmten Kapitalismus) eher konservativ verhaftet zu bleiben.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Dieses „Ganze der Arbeit“ würde alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit einbeziehen (vgl. Kambartel 1994, Bisecker 2004), also Hausarbeit, Eigenarbeit, bürgerschaftliches Engagement, nicht entgeltete Formen von Sorgearbeit usw., der Blick darauf eine kritische Infragestellung der höchst unterschiedlichen gesellschaftlichen Wertschätzung dieser verschiedenen Formen von Arbeit erforderlich machen.

<sup>17</sup> Der Institutionenbegriff verweist eben auf den Konservativen Arnold Gehlen, und Karl-Siegbert Rehberg, der übrigens der letzte Assistent Gehlens an der Universität Aachen gewesen ist, hat diesen Charakter von Institutionalisierungsprozessen in seinen Ausführungen zu „Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen“ (Rehberg 1994) überzeugend dargelegt. Zum Verständnis institutioneller Mechanismen, und dann eben auch des Problems der in ihnen Handelnden, Räume für neue Prozesse sozialer

- (4) Der Marxsche Klassenbegriff (als ein eher emphatischer Begriff von Proletariat) zielt dagegen auf Überschreitung der in den gegebenen kapitalistischen Gesellschaften vorhandenen Klassenspaltungen, und dieses Proletariat als „Klasse für sich“ hat sich so historisch nie konstituiert - und den Vorstellungen der „klassenlosen Gesellschaft“ jenseits des Kapitalismus haftete immer auch etwas eschatologisches „unirdisch-paradisches“ an.
- (5) Noch kurz nach dem Überschreiten des Gipfelpunktes der im Rückblick „goldenen“ fordistischen Jahrzehnte des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, also in Zeiten immer noch großer gesellschaftlicher Stabilität in den fortgeschrittenen westlichen Staaten, hatten die damals von Müller-Jentsch vertretenen Thesen empirisch einiges für sich. Vom Standpunkt analytisch-wissenschaftlicher Arbeit mochte man sich damals so äußern können. Aus einer ungebrochenen Perspektive eingreifenden arbeitspolitischen Denkens war das allerdings auch schon damals kaum möglich. Heute, ein Vierteljahrhundert später ist nach tiefen epochalen Umbrüchen (vgl. Scholz u.a. 2006) die vermeintliche Stabilität eines nun neoliberal entfesselten Kapitalismus ausgesprochen fraglich geworden. In Wirtschaftspresse und anderen Medien des neoliberalen Mainstreams werden dazu seit der neuen Weltwirtschaftskrise (wieder einmal) apokalyptische Zukunftsszenarien gezeichnet.<sup>18</sup>
- (6) Aber auch wenn man den beschränkten, institutionell vorgeprägten Blick auf die Wirklichkeit kritisch hinterfragt und dann erweitert: die Konzipierung und Durchsetzung einer „Weltordnungspolitik“ in dem Sinne, in dem z.B. O. Negt (2006) diesen Begriff gegen den der naturwüchsig gedachten „Globalisierung“ setzt, erfordert zusammen mit der schrittweisen Konkretisierung mobilisierungsfähiger Entwürfe/Utopien - in einzelnen Staaten oder sie übergreifenden politischen Einheiten, wie etwa der EU - die Herstellung übergreifender Bündnisse zwischen den verschiedenen Klassen der gegebenen gesellschaftlichen (Un)Ordnung. Allerdings wird man sich
- (7) von der Vorstellung verabschieden müssen, dass „am Ende“, also im Ergebnis der angestrebten neuen „Weltordnungspolitik“ die große Harmonie ausbricht: Wir werden weiterhin gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten müssen, und der Stoffwechsel des Menschen mit der Natur bleibt Naturbedingung der

---

Bewegung zu öffnen, ist diese Analyse sehr viel erheller als der übliche industriesoziologische Rückgriff auf neoinstitutionalistische Theoreme, von denen her sich dann die durch nichts begründete Annahme weiterhin Pfadabhängiger Entwicklungen ergibt. (Müller-Jentsch 1997, zur Kritik Martens 2007, 82-89).

<sup>18</sup> Thomas Kosnicz (2011,1) zitiert z.B. den Chefredakteur des Handelsblatts, den neoliberalen Ökonomen K. , Sinn und den Wirtschaftsredakteur der Financial Times Deutschland nach Fukushima mit Aussagen wie: „Ende der Normalität“ und „Welt ohne Halt“, „der Glaube der Menschen an die Stabilität der Welt ist erschüttert worden“, „Kernschmelze des Kapitalismus“ oder „es sehe so aus, als ob „unser gesamtes kapitalistisches System unter den von ihm generierten Krisen zusammenbrechen“ würde. Dass solche apokalyptischen Szenarien wieder einmal gezeichnet werden, versteht sich vor dem Hintergrund der Analyse, die Joachim Schumacher 1937 grundlegend im Blick auf die „falschen Apokalypsen des Bürgertums“ formuliert hat.

conditio humana. Es wird weiter Interessenkonflikte geben. Es wird institutioneller Regelungsmechanismen zu ihrer Bearbeitung auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen bedürfen. Aber wir dürfen hoffen, dass alle diese Prozesse in menschengerechteren und demokratischeren Formen geschehen werden, in denen sich die Hoffnungen und Versprechen der europäischen Aufklärung dann weitergehend verwirklicht haben werden.

- (8) Insofern gilt, dass eine nüchterne Analyse unserer Gegenwart in der Tradition der Aufklärung und des mit ihr untrennbar verbundenen demokratischen Projekts der Moderne – und damit auch in kritischer Anknüpfung an die praktischen und theoretischen Traditionslinien der Arbeiterbewegung – sich zwar von falschen geschichtsmetaphysischen und eschatologischen Ideologien verabschiedet, sich aber deshalb keineswegs in die Nähe einer Geschichtsschreibung begibt, die – stark auf die jeweilige Rolle herausragender Persönlichkeiten orientiert – auf eine „Geschichte vom Elend der Politik und dem Scheitern des politischen Menschen“ hinausläuft oder postuliert, dass „Geschichte Chaos ist, das ins Chaos schwankt“<sup>19</sup>. Erscheint eine solche Variante der These von der ewigen Wiederkehr des Gleichen doch kaum besser als die vom „Ende der Geschichte“. Oder, auf die eindrucksvolle Analyse der Historikerin Barbara Tuchman von der „Ohnmacht der Regierenden“ bezogen (Tuchman 1989): diese Analyse zeigt am Ende ja nur, dass herrschende Eliten letztlich immer wieder deutlich interessenbornierte Entscheidungen getroffen haben, die zu ihrem historischen Scheitern geführt haben. Abzuleiten wären daraus gerade das Misstrauen gegenüber jeglichen Eliten, insbesondere in der Politik, und Forderungen nach radikaler Demokratisierung.
- (9) Ich halte es dagegen eher mit der These von Joachim Schumacher (1978/37), wenn er – im Blick auf eine Entwicklungsmöglichkeit, wie sie Oskar Negt mit seinem Wort von einer „Weltordnungspolitik“<sup>20</sup> andeutet, argumentiert: „Chaos ist nicht nur das älteste Geschwätz der Welt, sondern auch das älteste Argument zur Unterdrückung der Armen. Der Gegensatz zu Chaos ist nicht der autoritative Staat – der allzu oft gerade erst ein wirkliches Chaos macht und maskiert -, sondern die Organisation der Freiheit“ (Klappentext).

Betrachtet man also das Handlungsfeld der Gewerkschaften mit ihren tatsächlichen und potentiellen Mitgliedern, als eines von vielen Akteuren, im Hinblick auf die Entfaltung der ins Auge zu fassenden Ansätze einer neuen Wirtschaftsdemokratie, so ist an dieser Stelle festzuhalten: Die Mitglieder und ihre Organisationen müssen sich zugleich verändern, und dazu bedarf es zum einen des unvoreingenommenen Nach-

---

<sup>19</sup> Beides sind Zitate des Jaspers-Schülers Golo Mann (nach wikipedia bzw. einem Kommentar von U. Schlie in der SZ vom 30.12. 2010 unter dem Titel „Jedes Jahrhundert prägt das nächste“).

<sup>20</sup> Einer Weltordnungspolitik die den Herausforderungen und Möglichkeiten von Arbeitsgesellschaften im Ergebnis einer 500jährigen Geschichte nach der „die Menschen mit Arbeit so etwas wie ein würdevolles Leben verknüpfen, und dass sie arbeiten wollen im Sinne der Integrität ihrer Persönlichkeitsbildung (Negt 2006, 68).

denkens über die gegenwärtigen Herausforderungen und über neue Zielvorstellungen – bis dahin, dass nur noch Utopien realistisch sind - und zum anderen der Bereitschaft, neben dem Fortschreiben „sekundärer“ Arbeitspolitik, die alten institutionellen Mustern folgt, auch neue Ansätze einer „primären“ Arbeitspolitik ernsthaft zu prüfen und praktisch zu unterstützen und zu entfalten. Und bezogen auf diese Verknüpfung von (alten und erfolgreichen) Institutionalisierungsprozessen und (neuen) Ansätzen zu sozialer Bewegung - oder noch „eine Nummer kleiner“ im Blick auf die je einzelbetriebliche Ebene die Verknüpfung von repräsentativer Interessenvertretung und aktiver Beteiligung der Repräsentierten - ist dann auch festzuhalten, dass die einschlägigen wissenschaftlichen Analysen und Theorieangebote uns hier noch immer mit unzureichend bearbeiteten theoretischen Fragen konfrontieren.<sup>21</sup>

#### **4. Im historischen Rückblick: Zum Konservativismus Institution gewordener Bewegung**

Ich habe im voranstehenden Abschnitt jene Kollegen aus der Wissenschaft kritisiert, die – z.T. nach für sie sicherlich ernüchternden Erfahrungen in der kurzen Phase des vermeintlichen „Resurgence of Class-Conflict“ (Crouch/Pizzorno 1978) – zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die Gewerkschaften in den fortgeschrittenen westlichen Staaten unumkehrbar in der sozialstaatlichen Demokratie angekommen seien. Nicht zuletzt habe ich diese Kritik vor dem Hintergrund der These formuliert, dass wir seither über nunmehr 30 Jahre hinweg Zeugen eines neoliberalen Rollbacks geworden sind das zu einer tiefen Spaltung dieser so fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften geführt hat, angesichts derer „die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen (...) in den westlichen Ländern wieder auf dem ‚Vorkriegsstand‘ des 20. Jahrhunderts“ angekommen ist, wie Kai Lindemann (2011) unlängst in der „Gegenblende“ (Ausgabe September/Oktober 2011) in einer Debatte über soziale Ungleichheit formuliert hat. Was Robert Castel (2000, 379-400) bereits vor über zehn Jahren als eines von vier möglichen Szenarien gezeichnet hat, dass nämlich „der Gesellschaftskörper (...) allmählich sein Morgen“ verliert, findet heute in neuen sozialen Konflikten seinen Ausdruck, die – von Spanien bis Großbritannien - vor allem von jungen Menschen getragen werden, die ihre Zukunftsperspektiven zu Recht einklagen, aber auch in wachsendem Maße von Angehörigen der zunehmend verunsicherten Mittelklassen.

Nun ist dies aber keineswegs die erste historische Konstellation, in der der Kapitalismus Phasen tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche durchlaufen hat. Die Zeit nach den krisenhaften Gründerjahren ist in Deutschland als Phase rasanter Industrialisierung mit dem Aufschwung der Gewerkschaften verbunden, die aber weniger „Sammelpunkte des Widerstandes“, wurden, als die Karl Marx sie gesehen hatte, als vielmehr eine soziale Bewegung auf dem Weg zu einer erfolgreichen Institutionalisie-

---

<sup>21</sup> Gewissermaßen analog zu den politischen wie politikwissenschaftlichen Debatten zu Fragen der Rätedemokratie etwa bei Arendt (1974) oder v. Oertzen (1976), siehe dazu auch Martens (2010, 87f).

rung innerhalb der gegebenen, noch vordemokratischen Gesellschaft. Nach Ende des ersten Weltkrieges erlebten viele westeuropäische Länder revolutionäre Umbrüche. In Deutschland waren die Gewerkschaften darin dann keineswegs organisatorischer Ausdruck eines revolutionären Proletariats, vielmehr eher Massenorganisationen abhängig Beschäftigter, die auf ihre neu erworbenen demokratischen und sozialen Rechte gegenüber Wirtschaft und Politik pochten. Der Handlungsrahmen der ihnen möglich erscheinenden Realpolitik war damals ebenso begrenzt, wie dann wieder nach 1945.

Sicherlich zeigen sorgfältige historische Analysen, dass wir es jeweils mit Handlungskonstellationen zu tun hatten, in denen auch andere Möglichkeitsräume enthalten gewesen sind. Der historische Verlauf war nie zwingend. Aber er war wie er war, und in ihm waren Kräfte wirksam, die seinen tatsächlichen Verlauf möglich machten und schließlich bedingten. Man sollte es sich deshalb mit der heute wieder eher wohlfeilen Kritik an Positionen, wie sie etwa Müller-Jentsch 1984 eingenommen hat, nicht zu leicht machen. Dies kann letztlich nur dazu führen, dass man die wissenschaftlichen Herausforderungen, denen man sich als gewerkschaftsnaher Wissenschaftler heute im Epochenbruch gegenübersteht nicht ernst genug nimmt und so im Versuch einer gesellschaftsverändernden gewerkschaftlichen Praxis zuzuarbeiten scheitern muss. Ich will deshalb einige für die heute wieder auflebenden Debatten um eine Demokratisierung der Wirtschaft bedeutsame Aspekte in Erinnerung rufen:

#### (1) Historische Erfahrungen aus den Sozialisierungsdebatten nach 1918

Die empirisch gut belegte These an die ich hier erinnern möchte ist, dass die deutschen Gewerkschaften in der Novemberrevolution 1918 - vor dem Hintergrund der gerade errungenen anerkannten Position als regulierende Instanz für den Arbeitsmarkt im neuen (formal) demokratischen Gemeinwesen und angesichts der Ablehnung der proletarischen Revolution in Russland – geradezu die heftigsten Gegner jeder Form von Sozialisierung gewesen sind. Dabei ist allerdings festzuhalten dass es genau hinsichtlich dieser Form gesellschaftlicher Veränderungen keinerlei ausgearbeitete Vorstellungen gab (vgl. v. Oertzen 1976). Bemerkenswert ist dann, dass die IG Metall um 1960 herum eine Aufarbeitung der Sozialisierungsdebatten aus der Weimarer Zeit betrieben hat – also in der Phase vor dem zweiten DGB-Grundsatzprogramm von 1963, kurz vor dem Ende der Entwicklungsphase der jungen Bundesrepublik, für die es gewerkschaftlicherseits noch weitergehende Veränderungs- oder Transformationsvorstellungen gegeben hat. Die weitere These hierzu ist, dass dies eine der letzten theoretischen Anstrengungen gewesen ist, vor dem definitiven „Ankommen“ der Gewerkschaften in der neuen Bundesrepublik diese älteren historischen Wurzeln der Arbeiterbewegung noch einmal lebendig zu halten. Die Herausforderung wäre, sich heute dieser Wurzeln neu zu vergewissern.

#### (2) Räte oder andere Formen direkter Beteiligung und Gewerkschaften (wie auch Parteien)

Wirtschaftsdemokratische Vorstellungen haben empirisch und konzeptionell immer Rückbezüge zum Konzept der Räte­demokratie aufgewiesen, aus denen ja auch die Betriebsräte in/nach der Novemberrevolution von 1918 hervorgegangen sind. Die zentrale These ist hier, dass Organisationen der Repräsentation von Interessen immer ein Problem mit der Direkten Beteiligung der Repräsentierten gehabt haben, dass aber das Funktionieren von – zumal bei immer komplexeren gesellschaftlichen Beziehungen - unverzichtbarer Repräsentation aber auch an Formen direkter Beteiligung der Repräsentierten gebunden ist. Auch das theoretische Grundsatzproblem des Verhältnisses von Sozialer Bewegung und Institution wird hier schon berührt. Auch hier haben wir es mit einer Diskussion zu tun, bei der wir, wieder einmal, ganz am Anfang stehen und bei der nicht zu übersehen ist, wie groß in der Vergangenheit regelmäßig die Vorbehalte ihr gegenüber auf Seiten der maßgeblichen Akteure in repräsentativen Organisationen und Institutionen gewesen sind.

### (3) Gewerkschaften als Institution und soziale Bewegung im Prozess der Entwicklung des demokratischen Projekts der Moderne

Im Blick auf die Gewerkschaften führt dies direkt zu der Frage, wie Gewerkschaften in ihrer Eigenschaft zu verstehen sind, zugleich organisatorischer Ausdruck einer großen, vergangenen, sozialen Bewegung wie auch ihrer erfolgreichen Institutionalisierung zu sein. Hier geht es um die unterschiedlichen wissenschaftlichen Erklärungsansätze, mittels derer ganz unterschiedliche Autoren aus sehr verschiedenen wissenschaftlichen wie praktisch politischen Perspektiven heraus den Strukturkonservatismus von Gewerkschaften – sind sie erst einmal Teil einer gegebenen gesellschaftlichen Ordnung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften geworden – zu begründen versucht haben. Die wohl wichtigsten dieser Thesen sind:

- Gegenüber dem platten Neoinstitutionalismus ist Rehbergs „Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen“ (TAIM) hoch überlegen, konfrontiert aber mit dem, theoretisch und empirisch ungelösten, Problem wie Institutionalisierung und Bewegung zusammen gedacht werden können.
- Der Rückbezug auf Marx' These, die Gewerkschaften seien „Sammelpunkte des Widerstands“ hilft hier nicht viel weiter. Die These mag seinerzeit – vor der Folie des theoretischen und politischen Arbeitsprogramms, das Marx bei Gründung der 1. Internationale vor Augen hatte, überzeugend und historisch angemessen gewesen sein, aber sie liegt vor allen praktischen Erfahrungen mit erfolgreichen Institutionalisierungsprozessen und konnte selbstredend die theoretischen Bemühungen, diese zu verstehen, nicht vorweg nehmen.
- Spätere Analyseansätze haben in unterschiedlicher Weise versucht, die Integration der Gewerkschaften in die gegebene gesellschaftliche Ordnung zu erklären: Sei es, indem sie sie zu Organisationen der „Arbeiteraristokratie“ erklärten (Lenin), sei es indem sie Bürokratisierungsprozesse als unausweichlich ansahen (Michels) oder Integrationsprozesse im Ergebnis erfolgreicher Institutionalisierung zu verstehen und in Sinne von Max Webers Theorem vom



„Gehäuse der Hörigkeit“ als unumkehrbar bezeichnet haben (Müller-Jentsch 1984).

- Teilt man diese Erklärungsansätze nicht, kommt man hier letztlich auf demokratiethoretische Grundlagenprobleme zurück, die Jefferson bereits bei der Begründung des demokratischen Projekts der Moderne bezeichnet hat<sup>22</sup> – und die einem am Beispiel der Gewerkschaften als Organisationen, die dessen Entwicklung im 19. Und 20. Jahrhundert wie kaum eine andere Organisation geprägt haben, besonders vor Augen treten.

Im Blick auf Zukunftsoptionen gewerkschaftlicher Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern dürfte es deshalb geboten sein, ausgehend von den Veränderungen gesellschaftlicher Arbeit im Zeichen von Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweiser Entgrenzung sowie von der Überlegung, dass eine „neue Arbeitsteilung, Kompetenzrevolution und Emanzipation“ „die Kräfte eines wirtschaftlichen Pfadwechsels“ darstellen (Vester 2009), nach den Herausforderungen und Ansatzpunkten einer Erneuerung gewerkschaftlicher Arbeitspolitik zu fragen. Hier kommen wir zu Themen, die das FNPA seit etlichen Jahren unter Stichworten wie „das Ganze der Arbeit“, „Wissensarbeit“, „Neue Formen indirekter Steuerung“ intensiv beschäftigt haben (vgl. Scholz u.a. 2006, [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de)).

#### (4) Aktuelle Gewerkschaftssoziologische Debatte angesichts der Erosion alter institutioneller Strategien und der Herausforderung zur Entwicklung neuer Perspektiven

Wir haben in diesen Debatten, und wie eingangs betont auch nicht im Zuge unserer Überlegungen zu der Aufforderung, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken, die Gewerkschaften selbst hinsichtlich der Herausforderungen und Chancen für einen strategischen Pfadwechsel nie systematisch in den Blick genommen. Die Ausgangsthese, von der ich mich hierzu an dieser Stelle leiten lasse, lautet, dass die vorherrschende Gewerkschaftsforschung sich von den Paradigmen des Neoinstitutionalismus in die Irre führen lässt, weil sie die Gewerkschaften auf ihrem Status quo gewissermaßen theoretisch festzunageln versucht. Dagegen ist zu konstatieren: (1) dass dieser Status Quo empirisch schon längst nicht mehr gegeben ist (Dörre 2010) und dass das Festnageln darauf theoretisch von höchst zweifelhafter Qualität ist. (2) Ferner kann gesagt werden, dass man im international vergleichenden Blick mit Recht konstatieren kann, dass Gewerkschaften strategische Wahlmöglichkeiten haben (Brinkmann u.a. 2008). Es bleibt allerdings ein Problem – das auf die zuvor genannten und z.T. eben offenen theoretischen Probleme rückverweist –

---

<sup>22</sup> Hannah Arendt schreibt in ihrem Buch „Über die Revolution“, einem, Vergleich der bürgerlichen Revolutionen in Frankreich und Nordamerika, von dem ausgehend sie dann den Blick bis hin zur ungarischen Revolution 1956 richtet, dass man allein bei Thomas Jefferson von einem Rätegedanken sprechen könne (Arendt 1974,336). Man muss diese Einschätzung vielleicht nicht teilen (vgl. V. Oertzen 1976 und zu beiden Martens 2010, 86ff) , aber der Hinweis Arendts, dass das Räteproblem theoretisch wie Praktisch vom Beginn der bürgerlichen Revolutionen auf der Tagesordnung steht, ist doch in vielerlei Hinsicht erhellend.

dass die empirischen Beispiele für neu entstehende „social union movements“ in Ländern zu finden sind, in denen sich heute der industrielle Kapitalismus - in einer oftmals dem frühen Manchester-Kapitalismus ähnlichen Gestalt – neu und dynamisch entwickelt. Die große, bislang unbeantwortete Frage hingegen müsste auf Weiterentwicklungen und strategische Wahlmöglichkeiten in den in ihrer Entwicklung am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zielen. Diese Frage führt aber im Zeichen der heute dramatisch weiter voranschreitenden Erosion alter institutioneller Strategien zurück zu den in Kapitel 3. aufgelisteten neun Thesen zurück.

Die weitergehende These wäre dann, dass die Erosion der alten institutionellen Strategien und Handlungsmuster, wie unbestreitbar auch immer sie sein mag, allein nicht ausreicht, um einen Auf- und Ausbruch (aus ihnen) im Sinne eines „strategic Unionism“ zu ermöglichen. Es gilt zugleich aufzuzeigen, dass diese institutionellen Strategien in Sackgassen eines ökonomischen Entwicklungsmodells führen – nicht zu sprechen davon, dass ihnen der Charakter eines gesamtgesellschaftlich mobilisierenden und integrierenden Zukunftsentwurfs schon lange nicht mehr zukommt - und dagegen zumindest die Umriss eines Gegenentwurfs zu setzen, der schrittweise konkretisiert werden kann - und der so weiter entfaltet werden muss, wenn er praktisch folgenreich werden soll.

## **5. Schlussbemerkungen und Ausblick**

Dieter Scholz und ich haben unser Arbeitspapier „Wirtschaftsdemokratie neu denken“ als Impuls für eine überfällige Debatte verstanden, und wir waren uns auch darüber im Klaren, dass wir dabei manche Fragen nur angerissen oder auch zunächst bewusst ausgespart hatten. Das gilt etwa für die Frage, ob und wie man sich angesichts der Gewerkschaften, wie wir sie heute kennen, Vorstellungen eines „new strategic unionism“ nicht so etwas wie „Traumtänzerei“ anhafte. Andererseits stimmen wir O. Negt in seiner Feststellung zu, dass es nicht die Utopisten sind, „die diese kapitalistische Gesellschaftsordnung nach neoliberalen Zuschnitt an den Rand einer Katastrophe getrieben haben, sondern (...) die Realisten“ – und daraus folgt ja logisch, dass es heute die Utopien sind, die tatsächlich realistisch sind.

Dabei geht es an dieser Stelle allein um die vielleicht bereits utopische Vorstellung, dass sich die Gewerkschaften im Zuge einer neuen Debatte um die Demokratisierung der Wirtschaft ihren historischen Erfahrungen wirklich offen und nicht länger durch eingefahrenes institutionelles Denken beschränkt stellen. Ich gehe davon aus, dass sie nur dann, wenn sie dies tun, eine wirkliche Chance haben, sich als eine wieder vernehmbare Stimme in dem gegenwärtig immer noch durch das „neoliberale Einheitsdenken“ unserer Zeit geprägten öffentlichen Diskursen Gehör zu verschaffen.

- Es ist ja nicht zu übersehen oder zu bestreiten, dass Gewerkschafter gegenwärtig eher sehr ausnahmsweise in den gängigen Talkshows zu wirtschafts- ja selbst zu sozialpolitischen Themen noch halbwegs gefragte Gesprächspartner sind. Wenn überhaupt werden eher „Betriebsratschefs“ aus Großunternehmen

(so der verzerrende offizielle Journalistensprech) zu solchen Gelegenheiten eingeladen.

- Es ist auch ebenso unübersehbar, dass in der Konsequenz des fortschreitenden Funktions- und Bedeutungsverlustes der Gewerkschaften seit spätestens der Mitte der 1980er Jahre der DGB als Dachverband der deutschen Einheitsgewerkschaften zunehmend an Bedeutung verloren hat – geradezu proportional zu den wachsenden Herausforderungen in der politischen Öffentlichkeit gemeinsame Positionen der Mitgliedsgewerkschaften des DGB öffentlich zu vertreten.<sup>23</sup>
- Und es ist auch nicht zu bestreiten, dass die Deutschen Gewerkschaften in den 1990er Jahren zwar pragmatisch auf ihre fortschreitende Mitgliederkrise mit Gewerkschaftszusammenschlüssen reagiert und darüber diskutiert haben, ob angesichts der schwieriger gewordenen Lage eine „Konzentration auf das Kerngeschäft“ angesagt sei und wie man sich für die kommenden Aufgaben „richtig aufstellen“ könne – wobei die Sprache eine nur in Teilen angebrachte Adaption unternehmerischer Modernisierungs- und Organisationsentwicklungsprozesse verrät<sup>24</sup> -, dass sie aber nicht die Kraft dazu gefunden haben, Vorschläge gewerkschaftsnaher Wissenschaftler aufzugreifen, über die Einrichtung einer den Akademien der katholischen und evangelischen Kirchen ähnlichen Einrichtung einen Ort für öffentliche und öffentlich wahrnehmbare Debatten zu den neuen Herausforderungen der Zeit zu schaffen. Stattdessen wurde 2004 den Spar- und Anpassungszwängen angesichts der fortgesetzten Mitgliederverluste folgend mit den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ die noch verbliebene Zeitschrift für gewerkschaftspolitische Debatten zwischen führenden Gewerkschaftern und gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern eingestellt.

Die seit 2010 als Onlinemagazin präsente „Gegenblende“ steht hier für einen gewissen Gegentrend<sup>1</sup>, der inzwischen – spät genug – auszumachen ist, und es hat in der letzten Dekade die einen oder anderen Kongresse gegeben, die von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen gemeinsam organisiert worden sind. Gleichwohl: dies sind Ansatzpunkte einer neu belebten innergewerkschaftlichen Diskussion, die auf einen wachsenden Bedarf verweisen. Ich habe hier zu einer solchen Diskussion aus gewerkschaftssoziologischer Perspektive einige Impulse zu geben versucht. Wie die Debatte in den Gewerkschaften weiter geführt werden wird, ist offen. Vor dem Hintergrund der hier vorgestellten Überlegungen bleibt dazu aber abschließend festzuhalten:

---

<sup>23</sup> Das hat schon 1992 dazu geführt, dass eine Gruppe gewerkschaftsnaher Wissenschaftler in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ provokativ auf die damals einsetzenden Sparbeschlüsse und den beginnenden Rückzug des DGB aus der Fläche die Forderung erhoben hat: „Schafft den DGB ab“.

<sup>24</sup> Vgl. zu diesen Debatten um gewerkschaftliche OE-Prozesse u.a. die Beiträge zu dem Hattinger Forum 2003 (Martens 2003, Epskamp 2003).

- Die Gewerkschaften haben als Gewerkschaften immer nur bestimmte Teile der lohnabhängig Beschäftigten organisiert. Ein Beispiel wäre der Metallarbeiterverband, der bei seiner Gründung 1991 von den Schlossern und Drehern – der Avantgarde der heraufziehenden „großen Industrie“ - „übernommen“ wurde, nachdem in seiner Vorläuferorganisation noch die Schmiede dominierten (vgl. R. Martens 1989). Sie sind danach bis auf den Tag sehr wesentlich Männerorganisationen geblieben. Für die IG Metall war das Handwerk immer ein nachrangiger Organisationsbereich usw.
- Die Gewerkschaften haben aber in den Phasen, in denen sie überzeugend Ansprüche auf gesamtgesellschaftliche (Mit)gestaltung zum Ausdruck bringen konnten (1) als Teil der alten, vergangenen Arbeiterbewegung einen ihre Kernklientel übergreifenden Vertretungsanspruch reklamieren können und (2) in ihrer Kernklientel einen wesentlichen Teil der tatsächlichen Träger eines gesellschaftlich-ökonomischen Fortschritts organisieren können.
- Als eine Folge dieser immer reklamierten Gestaltungsansprüche sind in den Gewerkschaften als Organisation und Institution bis auf den Tag viele der aktiven Funktionsträger - und darunter sind so manche derjenigen, auf die die Gewerkschaften am wenigsten verzichten können - immer noch durch institutionelle Leitideen geprägt, deren Wurzeln auf die alte, vergangene Arbeiterbewegung rückverweisen. Dass die heute nicht mehr so wie früher tragen, gehört zu den Problemen, die die Gewerkschaften heute mit sich selbst austragen müssen. Dass sie aber in ihnen noch virulent sind, macht zu wichtigen Teilen ihre „Seele“ aus, ohne die sie tatsächlich verkümmern müssten.
- Gleichwohl leiden sie heute unter einem relativen Funktions- und Bedeutungsverlust in der Gesellschaft. Das Ende des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und die Hegemonie des Neoliberalismus – und in dessen Folge das Anwachsen einer neuen „industriellen Reservearmee“ spielen hier ihre Rolle. Aber dieser Funktions- und Bedeutungsverlust hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass sie sich außerordentlich schwer damit tun größere Teile der heute prägenden technischen Intelligenz zu organisieren.

Denkt man alles dies zusammen, so ergibt sich: Die Organisation und Institution gewordenen Gewerkschaften, die wir heute haben, sind sicherlich aufgrund von ihrer Geschichte, Funktionsweise, Leitideen usw. im Kern arbeitspolitische Akteure innerhalb der heute gegebenen Gesellschaften – und dabei auch innerhalb des europäischen Handlungsrahmens einigermaßen weit davon entfernt, nationale Beschränkungen solidarisch zu überschreiten. Sie sind aber zugleich immer noch als freiwillige Mitgliederorganisationen Organisationen der lebendigen Arbeit und als solche, wie auch aufgrund mancher Aspekte ihrer institutionellen Verfasstheit, durchaus nicht ganz und gar und unumkehrbar in die jeweils gegebene kapitalistische Gesellschaft integriert. Dies gilt umso mehr, als die in den 1980er Jahren fast durchgängig behauptete stetige stabile Fortsetzung eines kapitalistischen Wachstumsmodells längst an vielfältig spürbare Grenzen gestoßen ist, durch die einerseits alte Systemkritiken

in Marxscher Tradition neu an Gewicht gewinnen, andererseits aber auch neue Fragen der Kritik des Selbstlaufs gesellschaftlicher Entwicklung sowie neue soziale Bewegungen, die sie praktisch aufwerfen, an Bedeutung gewinnen.

Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass wir es mittelfristig mit Prozessen wachsender gesellschaftlicher Instabilität zu tun bekommen werden, auf die die Gewerkschaften von ihrem spezifischen arbeitspolitischen Handlungsanspruch her zunehmend mit dem Erproben neuer Antworten werden reagieren müssen. Ihre Ausgangsposition in Gestalt der Organisationen und Institutionen, zu denen sie aus einer alten sozialen Bewegung heraus geworden sind, mag dabei in Bezug auf die Gesellschaft insgesamt partikularer geworden sein, als dies ihrem überkommenen Selbstverständnis entspricht. Insofern Gewerkschaften aber immer noch Organisationen der lebendigen Arbeit innerhalb einer Arbeitsgesellschaft sind – die freilich mehr Formen und Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit umfasst als Gewerkschaften, in Konsequenz des produktivistischen Arbeitsverständnisses der alten Arbeiterbewegung, bisher als gesellschaftlich zentral erachtet – bleibt ihre potentielle Bedeutung in den Dimensionen ökonomischer und vor allem sozialer Nachhaltigkeit zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung auch heute zentral – zentral im Rahmen einer heute dringend gebotenen „Bildung progressiver Bündnisse“ (Wahl 2011), an deren möglicher Konstituierung heute bereits viele arbeiten.

## Literatur

- Angerik, M. (2010): Nach uns ohne Öl. Auf dem Weg zu nachhaltiger Produktion, Marburg
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München Zürich
- Artus, I: (2010): Interessenvertretung im Niedriglohnbereich. Vortrag auf der Tagung „Betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Modernisierungskampagnen – Praxis und Forschung in Deutschland, 08./09. Juni 2010, Mühlheim a. d., Ruhr (Mitschrift)
- Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zu der Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster
- Balibar, E., (2010): Europa: die endgültige Krise? In: DAS ARGUMENT, 287, 3/2010, S. 401-405
- Baudisch, C.; Dienels, H.; Haug, R.; Kern, B.; Tekaas, T. (2009): 12 Mainzer Thesen gegen den globalen Kollaps, ein Diskussionsimpuls Main
- Biesecker, A. (2004): Arbeit und Ökologie – Thesen, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster, S.46-59
- Brandt, G., (1984): Zwischen Charisma und Routine. Das Dilemma der Gewerkschaften, in: Soziologische Revue, Sonderheft 1, „Aspekte der Arbeitsgesellschaft“
- Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Dörre, K. (2010): Abschied von der intermediären Organisation? Eine Problemskizze zum Funktionswandel von Gewerkschaften und der Zukunft des sozialen Konflikts, Manuskript, vorgelegt zur 10. Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit, Berlin 01./02. 10. 2010 ([www.FNPA.de](http://www.FNPA.de))

- Enderle, A.; Schreiner, H.; Walcher, J.; Weckerle, E. (1967/1932): Das rote Gewerkschaftsbuch, Frankfurt
- Epskamp, H. (2003): Von der fordistischen zur zukunftsfähigen Gewerkschaft. Anforderungen an das Organisationslernen; Vortrag auf dem Hattinger Forum „Organisationslernen in Gewerkschaften – sind die Gewerkschaften zukunftsfähig? Hattingen 19./20. 09. 2003, [www.hattinger-kreis.de](http://www.hattinger-kreis.de)
- Georg, A.; Katenkamp, O.; Martens, H. (2011): Evaluation des Tarifvertrages „Demographischer Wandel“ in der Eisen- und Stahlindustrie, Dortmund (Forschungsbericht), Veröffentlichung in Vorbereitung
- Grebing, H. (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München
- Hensche, D. (2011): Demokratisierung der Wirtschaft. Markt und Mitbestimmung – Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Revitalisierung, in: Sozialismus 1/2011, S. 35-46
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt am Main
- Kambartel, F. (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, A. (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt a.M., S.123-139
- Kosnicz, T. (2011): Das System ist die Katastrophe, <http://www.heise.de/r4/artikel/34/34405/1.html>
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt am Main
- Krysmanski, h.J. (2010): Gesellschaftliche Planung und das System vernetzter Computer, in: DAS ARGUMENT, 286, 2/2010, S. 195-204
- Leggewie, C.; Welzer, H. (2011): Bürger auf die Barrikaden! Auszüge aus „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ (2009), in: Forum Wissenschaft und Umwelt Wien, Interdisziplinär 14: Demokratie und Umweltkrise. Brauchen wir mehr Mitbestimmung München 2011, S. 157-160
- Martens, H. (2003): Aufbrüche und blockierte Reformvorhaben: Erfahrungen mit OE-Prozessen in den Gewerkschaften; Vortrag auf dem Hattinger Forum „Organisationslernen in Gewerkschaften – sind die Gewerkschaften zukunftsfähig? Hattingen 19./20. 09. 2003, [www.hattinger-kreis.de](http://www.hattinger-kreis.de)
- Martens, H. (2007): Industriesoziologie im Aufbruch? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. An knüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- Martens, H. (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie. Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise, in: DAS ARGUMENT, H. 291, 2/2011, S. 211-221
- Martens, H. (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung. Eine auch persönliche Bilanz, Münster
- Martens, H.; Scholz, D. (2010): Wirtschaftsdemokratie neu denken – Eine Herausforderung angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise, [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de)
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F.- O. (1984): Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung, sfs-Beiträge aus der Forschung, Bd. 2, Dortmund
- Martens, R. (1989): Das Dilemma des technischen Fortschritts. Metallarbeitergewerkschaften und technologisch-arbeitsorganisatorischer Wandel im Maschinenbau bis 1914, Wiesbaden
- Markovits, A. (1989): Die Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft. Überlegungen zu einer korporatistisch orientierten Gewerkschaftsorganisation, in: IG Metall (Hg.): Solidarität und Freiheit. Internationaler Zukunftskongress 1988, Köln, S. 376-390
- Michels, R. (1970): Zur Soziologie des Parteienwesens, Stuttgart
- Müller-Jentsch, W. (1984) Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: Prokla 54, S. 10-32
- Müller-Jentsch, W. (1997): Soziologie der industriellen Beziehungen, 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York

- Negt, O. (2006): Menschenwürde in der Arbeitswelt, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J. (Hg.): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster S. 65-77
- Negt, O. (2011): Gewerkschaft und Gegenmacht. Oder: Warum Krisenzeiten nur selten Erkenntniszeiten sind, in: Forum Wissenschaft und Umwelt Wien, Interdisziplinär 14: Demokratie und Umweltkrise. Brauchen wir mehr Mitbestimmung München 2011, S. 150-156
- Oertzen., P. v. (1976) Betriebsräte in der Novemberrevolution ((2. erweiterte Auflage) Berlin .Bonn-Bad Godesberg (Erstauflage Düsseldorf 1963)
- Pirker, T. (1960): Die Blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland (2 Bde.), München
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Rehberg, K.-S.(1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S., 47 – 84
- Schlie, U. (2010): „Jedes Jahrhundert prägt das nächste“, in Süddeutsche Zeitung, 30.12. 2010
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens., H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Schroeder, W.-; Weißels,B. (2003) (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden
- Schumacher, J.(1978/37): Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums, Frankfurt am Main
- Streeck, W. (1981): Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie, Königstein, Taunus
- Thien. G. (2010): Klasse und Subjekt, Vortrag auf der FNPA-Jahrestagung 2010 „Klassen und Subjekte – neue Bedingungen und Formen solidarischen Handelns in der Krise“, Berlin 01./02. 10. 2010 ([www.FNPA.de](http://www.FNPA.de))
- Tuchman, B. (1989): Die Torheit der Regierenden, Frankfurt am Main
- Urban, H.-J. (2009): Die Mosaik-Linke, in: Blätter für Deutsche und internationale Politik, 5/2009, S. 71-78
- Vester, M. (2009): Die Kräfte eines wirtschaftlichen Pfadwechsels. Neue Arbeitsteilung, Kompetenzrevolution, Emanzipation, in: Widerspruch 57/09, S. 123-136
- Vester, M.; Teiwes-Kügler, C.; Lange-Vester, A. (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg
- Wolf, F. O. (2001): „Selberausbeutung“ im Übergang wohin? – Überlegungen zur „Neuen Arbeit“ im Hinblick auf gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.) Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt am Main, S. 211-242
- Wolf, F. (2010): Klassenkampf, Klassenherrschaft und Klassenstruktur. Zur Widerkehr einer Problematik. Zum Sammelband von Hans Günther Thien „Klassen im Postfordismus“, Münster 2010, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe 04/Juli/August 2010